Landeshauptstadt München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 5. November 2025
Ausgabe 211
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder Push-Nachricht unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Meldungen **5**
› OB Reiter: Heizkostenabrechnungen bei der Münchner Wohnen werden korrigiert 5
› Update: Überprüfung der Eisbachwelle 6
› Georg-Elser-Preis für „Recherche Nord“ 6
› KI und Sensortechnologie für den Artenschutz 7
› digital health & care 2025 9
› Standeröffnung auf dem Markt am Wiener Platz 10
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 24 10
Antworten auf Stadtratsanfragen **12**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Donnerstag, 6. November, 6 Uhr, Marienplatz
Der Christbaum für den Münchner Christkindlmarkt wird angeliefert und aufgestellt. Der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dr. Christian Scharpf präsentiert den Baum, der in diesem Jahr von der Gemeinde Ellmau am Wilden Kaiser gespendet wird, im Anschluss den Journalist*innen.
Achtung Redaktionen: Der Termin ist für die Foto- und Filmberichterstattung geeignet.

Wiederholung
Donnerstag, 6. November, 19 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus
Stadtrat Michael Dzeba (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung 30 Jahre Liberale jüdische Gemeinde München Beth Shalom.
Achtung Redaktionen: Akkreditierung per E-Mail an office@beth-shalom.de.

Samstag, 8. November, 15 Uhr, Städtische Meisterschule für das Konditorenhandwerk München, Simon-Knoll-Platz 3
Bei der Deutschen Meisterschaft im Konditorenhandwerk treten die besten Nachwuchskonditor*innen Deutschlands gegeneinander an. Gefertigt werden Torten, Fours, Schaustücke, Pralinen und Figuren. Zu den Mitfavoritinnen gehört eine Münchner Konditorin, die sich als bayerische Landessiegerin qualifiziert hat. Veranstalter ist der Deutsche Konditorenbund in Kooperation mit der Konditoreninnung Bayern, unterstützt von der Städtischen Meisterschule für das Konditorenhandwerk München.
Medienvertreter*innen können die fertiggestellten Arbeiten zwischen 15 und 17 Uhr besichtigen und mit Teilnehmer*innen sowie Vertreter*innen des Bundesverbands und der Städtischen Meisterschule sprechen.
Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Foto- und Videoaufnahmen geeignet. Für eine Teilnahme ist eine Akkreditierung bis Freitag, 7. November, 17 Uhr, per E-Mail an rensinghof@konditoren.de erforderlich.

Sonntag, 9. November, 13 Uhr, KZ-Gedenkstätte Dachau
Im Rahmen der Gedenkveranstaltung der DGB-Jugend Bayern „Erinnern heißt kämpfen“, die zum Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 an die Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes erinnern soll, legt Stadträtin Lena Odell (SPD-Fraktion) in Vertretung des Oberbürger-

meisters für die Landeshauptstadt München einen Blumenkranz mit Stadtschleife nieder.

Montag, 10. November, 9 Uhr, Munich Urban Colab, Freddie-Mercury Straße 5
Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Christian Scharpf, und Claudia Frey, Geschäftsführerin des Munich Urban Colab, eröffnen die digital health & care 2025. Gemeinsam mit dem Sozialreferat und dem Gesundheitsreferat als offiziellen Partnern beleuchtet die Konferenz aktuelle Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung in der Pflege.
Achtung Redaktionen: Um eine Anmeldung wird gebeten per E-Mail an anmeldung.raw@muenchen.de.
(Siehe auch unter Meldungen)

Montag, 10. November, 14.30 Uhr, Gemeindesaal der Lätarekirche, Quiddestraße 15
Stadträtin Ulrike Grimm (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort anlässlich einer Gedenkfeier zur Reichspogromnacht, die im Namen des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf-Perlach) stattfindet.

Montag, 10. November, 17 Uhr, Werksviertel
Stadträtin Lena Odell (SPD-Fraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort anlässlich der „Applaus-Show“ im Circus Roncalli.

Montag, 10. November, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus
Bürgermeisterin Verena Dietl ehrt gemeinsam mit Mobilitätsreferent Georg Dunkel langjährige Münchner Schulweghelfer*innen für ihr ehrenamtliches Engagement.
Achtung Redaktionen: Dieser Termin ist für Fotograf*innen geeignet. Anmeldung bitte per E-Mail an presse.mor@muenchen.de.

Montag, 10. November, 18.15 Uhr, Ludwig-Maximilians-Universität München, Große Aula, Geschwister-Scholl-Platz 1
Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Christian Scharpf, eröffnet das KI-Symposium der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) gemeinsam mit dem Präsidenten der LMU, Professor Dr. Matthias Tschöp, und Stephanie Jacobs, Amtschefin im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.
Das LMU KI-Symposium ist eine Veranstaltung des AI-HUB@LMU. Es bietet den neuberufenen KI-Professorinnen und-Professoren die Möglichkeit, sich und ihre Forschung den Mitgliedern der LMU, Vertreter*innen aus

Wissenschaft, Wirtschaft und Presse sowie dem interessierten Münchner Publikum vorzustellen. Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.
Achtung Redaktionen: Informationen und Anmeldung unter *www.lmu.de/ai-hub/en/news-events/all-events/event/save-the-date-ki-symposium-2025.html*.

Montag, 10. November, Details werden nach Akkreditierung mitgeteilt
Die Landeshauptstadt München vergibt den Georg-Elser-Preis an das Netzwerk „Recherche Nord" für die akribische und unabhängige Aufdeckung rechtsextremer Netzwerke. Der besondere Fokus von „Recherche Nord", deren Arbeit mit erheblichen persönlichen Risiken einher geht, liegt auf der militanten Neonaziszene. Bürgermeister Dominik Krause eröffnet die Preisverleihung. Kulturreferent Marek Wiechers spricht ein Grußwort und überreicht die Urkunde an „Recherche Nord." Die Laudatio hält der Musikwissenschaftler Dr. Thorsten Hindrichs. Die Veranstaltung findet vor geladenen Gästen statt.
Achtung Redaktionen: Es stehen nur begrenzt Plätze zur aktuellen Berichterstattung zur Verfügung. Eine Akkreditierung ist für die Teilnahme zwingend notwendig. Informationen zum Veranstaltungsort und Ablauf werden nach erfolgreicher Akkreditierung übermittelt.
Akkreditierung und Rückfragen erfolgen per E-Mail an georg.elser.preis@muenchen.de. Informationen zu Preis und Preisträger*innen sind zusammengestellt auf *https://stadt.muenchen.de/infos/georg-elser-preis.html*.
Weitere Unterlagen sowie Fotos der Veranstaltung werden gerne im Anschluss an die Veranstaltung zur Verfügung gestellt.
Pressekontakt: Moritz Kienast, Kulturreferat, Public History, telefonisch unter 233-21647 sowie per E-Mail an moritz.kienast@muenchen.de.
(Siehe auch unter Meldungen)

Mittwoch, 12. November, 18 Uhr, Sternenhaus, Regerstraße 30
Bürgermeisterin Verena Dietl nimmt in der Nicolaidis YoungWings Stiftung (NYWS) an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Trauer geht uns alle an – Warum Trauerbegleitung mehr Sichtbarkeit und eine verlässliche Finanzierung braucht" teil.
An dem Gespräch teilnehmen werden auch Jenny Doppelhofer (NYWS), Bernhard Seidenath (Mitglied des Landtags) und Professor Dr. Martin Burgi (Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Umwelt- und Sozialrecht an der LMU München).
In Deutschland leben rund 88.500 verwitwete Menschen zwischen 18 und 49 Jahren sowie etwa 273.000 Halb- und Vollwaisen – doch bis heute gibt es keine strukturell abgesicherte Versorgung für junge Trauernde.

Die Nicolaidis YoungWings Stiftung schließt seit über 25 Jahren diese Versorgungslücke und setzt sich dafür ein, dass Trauerbegleitung als Bestandteil psychosozialer und gesundheitlicher Prävention gesetzlich verankert wird.
Das Gespräch wird auch live auf dem Instagram-Kanal der Stiftung unter *www.instagram.com/nicolaidisyoungwingsstiftung* übertragen.
Achtung Redaktionen: Eine Anmeldung ist erforderlich bis Montag, 10. November, per E-Mail an rank@nicolaidis-youngwings.de

Meldungen

OB Reiter: Heizkostenabrechnungen bei der Münchner Wohnen werden korrigiert
(5.11.2025) Nachdem es in den vergangenen Jahren in mehreren Wohngebäuden der Münchner Wohnen im Hasenbergl zu ungewöhnlich hohen Heizkostennachzahlungen gekommen war, hat das Unternehmen die technischen Anlagen umfassend überprüfen lassen.
Das Ergebnis: Die Kombination aus der stark verbesserten Gebäudedämmung und dem sogenannten Einrohr-Heizsystem aus den 1970er Jahren führte zu deutlich zu hohen Heizkosten für viele Mieter*innen.
Oberbürgermeister Dieter Reiter, seit Ende Juni 2025 Aufsichtsratsvorsitzender der Münchner Wohnen, hat das Unternehmen aufgefordert, alle offenen Fragen zu den Nebenkostenabrechnungen schnellstmöglich zu klären und Rückzahlungen zügig und unbürokratisch vorzunehmen: „Es ist bitter genug für unsere Mieterinnen und Mieter, dass ihnen monatelang gesagt wurde, der ungewöhnlich hohe Verbrauch habe allein mit ihrem individuellen Heizverhalten zu tun. Nun zeigt sich, dass die alten Einrohr-Heizsysteme Wärmeverluste verursachen, und dadurch die wohnungsgenaue Zuordnung der Verbräuche und damit der Kosten nicht vernünftig lösbar ist.
Ich möchte mich im Namen der Münchner Wohnen bei allen Mieterinnen und Mietern entschuldigen, die zu hohe Heizkostenrechnungen erhalten haben – und auch dafür, dass ihnen viel zu lang vorgehalten wurde, dass sie selbst die Verursacher wären. Hinzu kommt, dass es leider viel zu lange gedauert hat, bis die Ergebnisse der Prüfung auch durch die Münchner Wohnen entsprechend zur Kenntnis genommen wurden.
Deswegen habe ich die Münchner Wohnen aufgefordert, ein verursachergerechtes und mietrechtlich einwandfreies Abrechnungsverfahren zu finden. Bis dahin darf es nicht erneut zu ungerechtfertigten Belastungen einzelner Mieterinnen und Mieter kommen. Und natürlich habe ich die

Münchner Wohnen beauftragt, die sich aus diesen Fehlabrechnungen ergebenden Guthaben sofort an die Mieterinnen und Mieter zurückzuzahlen. Ich versichere den Mieterinnen und Mietern der Münchner Wohnen, dass ich mich als Aufsichtsratsvorsitzender mit allen Problemen der Münchner Wohnen intensiv auseinandersetzen und die notwendigen Konsequenzen ziehen werde."

Update: Überprüfung der Eisbachwelle

(5.11.2025 – teilweise voraus) Das Baureferat prüft weiterhin die Situation und erarbeitet Lösungsmöglichkeiten an der Eisbachwelle. Ziel ist, dass sich nach der Bachauskehr wieder möglichst schnell eine stabile Welle einstellt.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Die Stadtverwaltung ist mit dem Wasserwirtschaftsamt und den Surfer*innen gemeinsam daran, eine schnelle Lösung zu finden, damit die bekannte Surfwelle bald wieder wie gewohnt zur Verfügung steht. Die vielen Parameter, die im Fließgewässer für die Welle sorgen, werden untersucht und entsprechend angepasst."

Da sich aktuell noch keine surfbare Welle eingestellt hat, hat gestern ein gemeinsames Abstimmungsgespräch mit Baureferat, Referat für Klima- und Umweltschutz, Wasserwirtschaftsamt, Stadtwerke München GmbH und Vertreter*innen der Surf-Community stattgefunden. Dabei wurde verdeutlicht, wie komplex die Zusammenhänge bei der Bewirtschaftung der Stadtbäche und der Bäche im Englischen Garten sind. Aufgrund der umfangreichen Wechselwirkungen zwischen den Fließgewässern werden seitens des Wasserwirtschaftsamtes Abflussmessungen durchgeführt, um die Pegeldaten zu überprüfen.

Mit diesen Ergebnissen wird dann gemeinsam festgelegt, wie durch weitere Steuerungsmaßnahmen Abflussmengen und Wasserstände am Eisbach verändert werden können und auf welchem Weg sich dadurch eine surfbare Welle aufbauen lässt. Die Vertreter*innen der Surf-Community werden dabei vom Baureferat eng eingebunden und informiert, wenn am Pegel oder Abfluss etwas verändert wird.

Georg-Elser-Preis für „Recherche Nord"

(5.11.2025) Die Landeshauptstadt München vergibt am Montag, 10. November, den Georg-Elser-Preis an das Netzwerk „Recherche Nord".

Die Veranstaltung findet vor geladenen Gästen statt. Bürgermeister Dominik Krause eröffnet die Preisverleihung und Kulturreferent Marek Wiechers überreicht die Urkunde. Der Musikwissenschaftler Dr. Thorsten Hindrichs hält die Laudatio. Seit mehr als 20 Jahren widmen sich die Mitglieder von „Recherche Nord" der akribischen und unabhängigen Aufdeckung rechtsextremer Netzwerke. Ihr besonderer Fokus liegt auf der militanten Neo-

naziszene. Für ihre Arbeit müssen sich die Recherchierenden persönlich erheblichen Risiken aussetzen.
Der Georg-Elser-Preis wird seit 2013 alle zwei Jahre im November als Preis der Landeshauptstadt München verliehen und ist mit 10.000 Euro dotiert. Mit dem Preis werden das Wirken und Handeln von Menschen mit Zivilcourage, die sich für demokratische Errungenschaften einsetzen, ausgezeichnet. Mit der Verleihung des Georg-Elser-Preises an „Recherche Nord" würdigt die Landeshauptstadt München eine Arbeit, die den Geist Georg Elsers auf beispielhafte Weise verkörpert: den Mut, frühzeitig Unrecht zu erkennen, nicht zu schweigen und entschlossen dagegen vorzugehen. Die Auszeichnung setzt zugleich ein Zeichen für die Bedeutung unabhängiger Recherche und demokratischer Wachsamkeit als wesentliche Säulen einer offenen Gesellschaft.
Die Jury begründet die Auszeichnung von „Recherche Nord" wegen der herausragenden Bedeutung ihres Engagements: „Die Arbeit von ‚Recherche Nord' verdient höchste Anerkennung und Schutz. In einer Zeit, in der der Rechtsextremismus in Deutschland eine Bedrohlichkeit erreicht hat, wie seit der Nachkriegszeit nicht mehr, leisten die Recherchierenden einen mutigen und unverzichtbaren Beitrag zur Aufklärung und Verteidigung unserer Demokratie. ‚Recherche Nord' hat unter anderem enge Verbindungen zwischen AfD-Politikerinnen und-Politikern und rechtsextremen Gruppierungen aufgedeckt. Sie dokumentieren regelmäßig Neonazi-Aufmärsche und Rechtsrock-Konzerte, um die dahinterstehenden Netzwerke für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Besonders erschütternd sind ihre Recherchen über rechtsextreme Jugendveranstaltungen, die verdeutlichen, wie rechtsextreme Kreise versuchen, den demokratischen Grundkonsens unserer Gesellschaft von innen heraus zu unterwandern. (…) Die Arbeit von ‚Recherche Nord' geht mit erheblichen persönlichen Risiken einher. Die Recherchierenden setzen sich massiven Bedrohungen aus – juristisch, körperlich und psychisch. Einschüchterungsklagen, strategische Verfahren und konkrete Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit gehören zu ihrem Alltag. Deswegen arbeiten die Mitglieder des Kollektivs weitestgehend anonym, auch, um von der extrem rechten Szene unerkannt weiterarbeiten zu können."
Infos zu Preis und Preisträger*innen sind auf *https://stadt.muenchen.de/infos/georg-elser-preis.html* zusammengestellt.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

KI und Sensortechnologie für den Artenschutz
(5.11.2025) Die Stadt will den Rückgang der Artenvielfalt verhindern. Dabei soll künftig eine innovative Technologie helfen, die das Monitoring der Arten automatisiert. Sie wurde im Rahmen des Innovationswettbewerb

München 2025 entwickelt und wird zunächst als Kooperationsprojekt der Stadt, des BUND Naturschutz und des Münchner Start-ups Hula Earth im Magdalenenpark in Pasing getestet.
2018 hat der Stadtrat zum Schutz der Arten die „Biodiversitätsstrategie München“ beschlossen und das damalige Referat für Gesundheit und Umwelt – heute Referat für Klima- und Umweltschutz – beauftragt, regelmäßig ein Biodiversitätsmonitoring durchzuführen. Das Monitoring untersucht die Entwicklung von Lebensräumen sowie ausgewählten Tier- und Pflanzenarten. Dabei soll künftig ein Tool unterstützen, das in Echtzeit und automatisiert Informationen zur Verbreitung verschiedener Vogelarten ermittelt. Es soll aufwändige Geländebegehungen durch Fachexpert*innen ergänzen und so ein effizientes und kostensparendes Biodiversitätsmonitoring ermöglichen. Die eingesetzten autonomen Bioakustik-Sensoren des Start-ups Hula Earth identifizieren Vogelarten anhand ihres Gesangs. Dabei nutzen sie moderne KI-Technologie: Diese filtert menschliche Geräusche in Echtzeit direkt am Sensor heraus und gewährleistet so einen vollständigen Datenschutz für Bürger*innen. Die ersten Sensoren mit BioT-Technologie wurden Mitte September testweise im Magdalenenpark des BUND Naturschutz in Pasing installiert.
Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz: „KI und moderne Sensortechnologie sind eine große Chance für den Artenschutz in unserer Stadt. Unser Biodiversitätsmonitoring ist die Grundlage für alle unsere Artenhilfsprogramme: Nur wenn wir wissen, wo welche und wie viele Tiere leben, können wir aktiv werden und Maßnahmen ergreifen, um gefährdete Arten zu schützen. Die Sensoren liefern uns wichtige Daten – und das kostensparend, effizient und dauerhaft! Sollte sich diese Technologie während ihrer Testphase als erfolgreich für den Vogelschutz in München erweisen, können wir darüber nachdenken, weitere Sensoren an unterschiedlichen Stellen im Stadtgebiet anzubringen.“
Martin Hänsel, Referent für Biodiversität und Stadtklima, BUND Naturschutz, Kreisgruppe München: „Zu wissen, welche Tiere hier leben, den Park als Ruhezone nutzen oder auch nur durchziehen, ist für uns die Grundlage für die weitere Entwicklung des Parks. Mit den autonomen Bioakustik Sensoren hoffen wir, ergänzend zur klassischen Vogelbeobachtung auch Arten nachweisen zu können, die sehr selten sind oder nur sporadisch als Gäste vorbeikommen.“
Florian Geiser, Co-Founder und CEO von Hula Earth: „Bei der Entwicklung unserer kontinuierlichen Biodiversitätsmessung standen eine vollautomatische Datenerhebung zur Artenvielfalt bei gleichzeitigem Datenschutz im Fokus. Beides ist technisch in der Architektur verankert: Die gesamte KI-Auswertung erfolgt dezentral auf dem Sensor selbst – nur die Analy-

seergebnisse verlassen das Gerät, keine Rohdaten. So werden irrelevante Geräusche gefiltert und erst gar nicht abgelegt oder übertragen."

Innovationswettbewerb der Landeshauptstadt München

Beim Innovationswettbewerb München wurde 2025 im Rahmen der Challenge „Munich Urban Jungle: Digitize biodiversity!" Hula Earth für ihren Lösungsvorschlag für die von der Stadt ausgeschriebenen Herausforderung ausgezeichnet. Mit dem Innovationswettbewerb fördert die Stadtverwaltung aktiv neue Ideen und gibt kreativen Talenten die Chance, innovative Lösungsansätze für konkrete städtische Herausforderungen in einem realen Testumfeld gemeinsam zu entwickeln und zu testen.

Bei der Durchführung des Innovationswettbewerbs werden die Stadtverwaltung sowie die Gewinnerteams durch die Münchner Entrepreneurship Zentren unterstützt: die UnternehmerTUM, das Strascheg Center for Entrepreneurship, das LMU Innovation & Entrepreneurship Center, das Gründungszentrum founders@unibw, das Wavelab sowie die Start2Group GmbH bieten kostenlos ihre Services an.

Der Magdalenenpark in Pasing

Der Magdalenenpark des BUND Naturschutz ist in vielen Teilen naturnah belassen und steht der Bevölkerung in Teilen am Wochenende offen. Zudem werden Führungen angeboten.

Mehr Informationen zum Magdalenenpark unter *www.muenchen.de/sehenswuerdigkeiten/parks-und-gaerten/magdalenenpark*.

digital health & care 2025

(5.11.2025) Wie kann Digitalisierung die Pflegepraxis entlasten und die Ausbildung im Gesundheitswesen zukunftsfähig machen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der vierten Ausgabe der digital health & care, einem Veranstaltungsformat des Referats für Arbeit und Wirtschaft in Kooperation mit dem Munich Urban Colab. Der Fokus liegt auf gemeinsamer Arbeit im Co-Creation-Format: Bereits in der Vorbereitung kommen Vertreter*innen aus Praxis, Wirtschaft und Verwaltung zusammen, um Themenschwerpunkte zu schärfen und erste Ideen für Kooperationen und Veranstaltungsformate zu entwickeln.

Unter dem diesjährigen Motto „Digitale Innovationen in der Pflegeausbildung und-praxis" treffen am 10. November Expert*innen aus Pflege, Forschung, Start-ups, Wirtschaft und Verwaltung zusammen, um neue Ansätze zu diskutieren, auszuprobieren und weiterzuentwickeln.

Eröffnet wird die Veranstaltung von Dr. Christian Scharpf, Referent für Arbeit und Wirtschaft, und Claudia Frey, Geschäftsführerin des Munich Urban Colab. Gemeinsam mit dem Sozialreferat und dem Gesundheitsreferat als offiziellen Partnern beleuchtet die Konferenz aktuelle Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung in der Pflege.

Auf dem Programm stehen Impulse, Workshops, Start-up-Pitches und eine Innovationsmesse, die zeigen, wie digitale Lösungen Ausbildung und Praxis verbessern, den Berufsalltag erleichtern und neue Perspektiven für das Gesundheitswesen eröffnen können. Gemeinsam mit bekannten Münchner Einrichtungen aus der Pflege und dem Innovationsökosystem entsteht eine Plattform, um Ideen einzubringen, Inspiration mitzunehmen und neue Kontakte zu knüpfen. Ziel ist es, Vernetzung und Kooperation zwischen Pflege, Forschung und Technologie weiter zu stärken.
Die Veranstaltung wird von Gebärdendolmetscher*innen begleitet.
Weitere Informationen unter *https://t1p.de/digital-health-care-2025*.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

Standeröffnung auf dem Markt am Wiener Platz
(5.11.2025) Der neue Stand „Banandi" eröffnet am Donnerstag, 6. November, auf dem Markt am Wiener Platz. Nachdem der langjährige Betreiber des Obst- und Gemüsestandes überraschend aufgehört hat, übernimmt nun ein erfahrener Obst- und Gemüsehändler vom Pasinger Viktualienmarkt den Standort.
Zum Sortiment von „Banandi" gehören neben Obst und Gemüse auch Kräutertöpfe, Nüsse, Trockenfrüchte, mediterrane Feinkost, eingelegtes Gemüse, Joghurt mit Früchten, Acai-Bowls, Marmeladen und vieles mehr.
Der bisher vom neuen Betreiber geführte Stand am Pasinger Viktualienmarkt wird derzeit öffentlich ausgeschrieben unter *https://maerkte-muenchen.de/vermietung/Ausschreibung---Stand-3-4-am-Pasinger-Viktualienmarkt-.html*.
Kira Weißbach, 2. Werkleiterin der Märkte München: „Mit Andi Lill haben wir kurzfristig einen erfahrenen Obst- und Gemüsehändler gefunden, der den Stand auf dem Markt am Wiener Platz übernimmt. Dieses klassische Sortiment ist wichtig für einen Lebensmittelmarkt und wird um attraktive Angebote erweitert. Ein Gewinn für Haidhausen!"

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 24
(5.11.2025) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 24 (Feldmoching-Hasenbergl) mit, dass die Bürgerversammlung des 24. Stadtbezirks am Mittwoch, 19. November, um 19 Uhr in der Mehrzweckhalle an der Georg-Zech-Allee 15-17 stattfindet.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Manuel Pretzl, Vorsitzender der Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER. Zu Beginn informieren die Versammlungsleitung und der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Rainer Großmann über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:
1. Ideenwerkstatt Münchner Norden – aktueller Sachstand

2. Neubaugebiete im Stadtbezirk – aktueller Sachstand
   - Hochmuttinger Straße
   - Rahein-/Ratold-Straße
   - Lerchenauer Feld
   - Eggarten Siedlung
   - Siedlung Ludwigsfeld
   - Dülferstraße
3. Fortschreibung Verkehrskonzept München Nord – aktueller Sachstand
4. Schulbauprogramm – aktueller Sachstand
   - Willy-Brandt-Gesamtschule
   - Eduard-Spranger-Schule
   - Erich-Kästner-Realschule
   - Schulcampus Lerchenauer Feld
5. Stadtbezirksbudget-Bericht

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Rainer Großmann und in der Regel Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information sowie das örtlich zuständige Sozialbürgerhaus.

Anträge, Anfragen und Abstimmungen

Anträge und Anfragen sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das Formular hierfür und weitere Infos finden sich unter *www.muenchen.de/buergerversammlung*. Das Formular wird auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben. Alle Besucher*innen, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger*in ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle West der Bezirksausschüsse 9, 10, 11 und 24, Hanauer Straße 1, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls können in der Geschäftsstelle die Sitzungsvorlagen des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zur Behandlung der Anträge eingesehen werden. Zudem kann unter *www.muenchen.de/newsletter-bv* ein Newsletter zum jeweiligen Stadtbezirk abonniert werden, der aktuell über die Bürgerversammlung informiert.

Barrierefreiheit

Ein Gebärdensprachdolmetscherdienst steht zur Verfügung. Der Versammlungsort ist rollstuhlgerecht. Erklärungen zu der Bürgerversammlung in Leichter Sprache gibt es unter *https://stadt.muenchen.de/leichte-sprache/infos/buerger-versammlung-ls.html.*

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 5. November 2025

Personalnot in der Jugendhilfe: Ist in München der Kinderschutz in Gefahr?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 9.4.2025

Personalnot in der Jugendhilfe: Ist in München der Kinderschutz in Gefahr?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 9.4.2025

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

In Ihrer Anfrage vom 9.4.2025 führen Sie Folgendes aus:
„Seit einiger Zeit formulieren die Beschäftigten von Jugendämtern und Jugendhilfeträgern gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik, dass der Kinderschutz zunehmend in Gefahr ist. Die ARD-Dokumentation: ‚Jugendämter in Not: Kinder in Gefahr?' spricht davon: ‚So wie es gerade läuft, läuft es nicht mehr lange, bevor dieses ganze System zusammenbricht und noch mehr Kinder zu Schaden kommen als ohnehin schon.' Die Situation spitzt sich weiter zu. Das Personal- und Organisationsreferat hat am 27. Januar 2025 in einem Schreiben einen Einstellungsstopp verhängt. Ausgenommen sind nur der Lehr- und Erziehungsdienst sowie der Einsatzdienst der Feuerwehr. Die Bezirkssozialarbeit 0-59 (BSA 0-59) und die Vermittlungsstelle für Hilfen zur Erziehung (VMS) sowie die BSA in der Wohnungslosenhilfe (BSA-Wolo) stellen in München den Kinderschutz im Wächteramt sicher. Sie werden jedoch nicht benannt. Dadurch wird die Arbeitsbelastung der Beschäftigten unerträglich, aber auch das Wohl der Kinder und Jugendlichen ist zunehmend in Gefahr."

Ich bedanke mich für Ihr Entgegenkommen bzgl. einer Fristverlängerung bis zum 13.8.2025.

Zu Ihrer Anfrage vom 9.4.2025 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Vorbemerkung zu den Fragen 1 bis 4:
Für den gewünschten Betrachtungszeitraum liegen in der Bundesstatistik leider Dateneinschränkungen im Jahr 2020, 2021, 2023 und 2024 vor. Diese Einschränkungen sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen, darunter Veränderungen in der Organisationsstruktur des Stadtjugendamts sowie die Implementierung eines einheitlichen Übermittlungsverfahrens des Bayerischen Landesamts für Statistik. Zudem wurden durch das Bundesamt für Statistik Modifikationen in den jeweiligen Erhebungsbögen vorgenommen, die im Kontext der Monatsmeldungen relevant sind.

Des Weiteren wurde die Monatsmeldung der Bundesstatistik, wie in dem Schreiben des Oberbürgermeisters vom 19. Oktober 2023 kommuniziert, bis auf weiteres ausgesetzt. Diese Entscheidung wurde angesichts der kontinuierlichen Zunahme der Inobhutnahmen in München getroffen und erfolgt im Rahmen einer Priorisierung und Fokussierung auf die hoheitliche Aufgabe des Stadtjugendamtes (Wächteramt). Dabei wurde eine Abwägung zwischen Kinderschutz und der Datenerfassung für offizielle Statistiken vorgenommen. Infolgedessen konnten bis in das Berichtsjahr 2024 hinein keine vollständigen Datensätze, einschließlich Nachmeldungen, an das Bayerische Landesamt für Statistik übermittelt werden.

Um den Bedarf an Informationen zu dieser Fragestellung zu decken, wurde eine individuelle Auswertung auf Grundlage von Daten aus SoJA WebFM sowie der Bundesstatistik erstellt. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Auswertung nicht mit anderen Auswertungen vergleichbar ist. Die Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ liegen jeweils unter 1%, weshalb sie hier nicht separat aufgeführt werden. Dies kann dazu führen, dass die Summe weniger als 100% beträgt. Zudem können aufgrund der Verwendung ganzer Zahlen ohne Dezimalstellen Rundungsfehler auftreten, die ebenfalls dazu führen können, dass die Gesamtsumme nicht 100% ergibt.

Frage 1:
Wie hat sich die Zahl der Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII durch den öffentlichen Jugendhilfeträger von 2020 bis heute in München entwickelt? Bitte hierbei auch die relative Entwicklung der Zahlen und das Geschlecht angeben.

Antwort:

	Anzahl Meldungen bei der BSA (betroffen "n" Kinder)	männlich	weiblich	**Anzahl Meldungen bei der VMS, JGH, JE, UM (betroffen 1 Kind)**	männlich	weiblich
2020	3522	52%	48%	323	56%	43%
2021	3443	51%	49%	347	61%	39%
2022	3354	50%	49%	280	55%	45%
2023	3800	50%	49%	324	55%	45%
2024	3987	52%	48%	376	46%	54%
2025 (-30.4.25)	1501	53%	46%	102	59%	41%

Quelle:
Auswertung zur Fragestellung auf Basis der Meldungen zur Bundesstatistik sowie Auswertungen der Einträge in SoJA WebFM

Die Tabelle umfasst alle Gefährdungseinschätzungen gemäß § 8a SGB VIII, die im Rahmen der Bezirkssozialarbeit (BSA) sowie der Vermittlungsstelle (VMS), der Jugendgerichtshilfe (JGH), den operativen Einheiten der „Jungen Erwachsenen“ (JE) und der „Unbegleiteten Minderjährigen – Fremdunterbringung“ (UM) durchgeführt wurden.
Im Zeitraum von 2020 bis 2024 ist die Zahl der Meldungen bei der BSA um rund 13% und bei VMS, JGH, JE sowie UM um ca. 14% gestiegen.

Der Anteil der Meldungen zu weiblichen Minderjährigen ist bei der BSA dabei etwas niedriger als bei den männlichen jungen Menschen. Bei der VMS, JGH, JE und UM fällt diese Differenz noch etwas höher aus aufgrund der hohen Anzahl an männlichen unbegleiteten Minderjährigen.

Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass die BSA ganzheitlich arbeitet. Dies bedeutet, dass von einer einzelnen Meldung oder Gefährdungseinschätzung mehrere Kinder betroffen sein können. Im Fachverfahren SoJA WebFM wird eine Gefährdungseinschätzung für alle betroffenen Kinder einer Familie erfasst, anstatt für jedes betroffene Kind der Meldung eine separate Gefährdungseinschätzung durchzuführen.
Bei den Fachlichkeiten VMS, JGH, JE sowie UM ist hingegen von jeder im Fachverfahren erfassten Meldung ein Kind betroffen.

Die folgenden Antworten (Fragen 2 bis 4) beziehen sich ausschließlich auf die Anzahl an Meldungen, die bei der BSA eingegangen sind.

Frage 2:
In wie vielen Verfahren aus Frage 1 wurden keine Kindeswohlgefährdungen und keine weiteren Hilfebedarfe festgestellt? Bitte hierbei auch die relative Entwicklung der Zahlen und das Geschlecht angeben.

Antwort:

	Keine Kindeswohlgefährdung, kein Hilfebedarf	Anteil an Gesamtmeldungen der BSA	männlich	weiblich
2020	687	20%	52%	48%
2021	872	25%	51%	49%
2022	631	19%	50%	49%
2023	964	25%	50%	49%
2024	923	23%	53%	47%
2025 (-30.04.25)	415	28%	58%	42%

Quelle:
Auswertung zur Fragestellung auf Basis der Meldungen zur Bundesstatistik sowie Auswertungen der Einträge in SoJA WebFM

In Bezug auf die in Frage 1 dargestellten Meldungen, die von der BSA bearbeitet wurden, ist festzustellen, dass zwischen 20 und 25 Prozent dieser Meldungen keine Kindeswohlgefährdung und keinen Hilfebedarf aufweisen.

Frage 3:
In wie vielen Verfahren aus Frage 1 wurden eine Kindeswohlgefährdung und weitere Hilfebedarfe festgestellt? Bitte hierbei auch die relative Entwicklung der Zahlen und das Geschlecht angeben.

Antwort:

	Kindeswohlgefährdung und Hilfebedarf	Anteil an Gesamtmeldungen der BSA	männlich	weiblich
2020	1831	52%	51%	48%
2021	1491	43%	50%	50%
2022	1795	54%	51%	49%
2023	1687	44%	48%	51%
2024	1995	50%	51%	49%
2025 (-30.04.25)	764	51%	50%	50%

Quelle:
Auswertung zur Fragestellung auf Basis der Meldungen zur Bundesstatistik sowie Auswertungen der Einträge in SoJA WebFM

Insgesamt ergeben die aus den Meldungen abgeleiteten Einschätzungen zum Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung sowie Hilfe- und Unterstützungsbedarf einen Wert von rund 50 Prozent. In den Jahren 2021 und 2023 lagen diese Werte jedoch etwa 5 Prozent unter dem Durchschnitt. Die Fachkräfte führen für das Jahr 2021 an, dass die reduzierten Kontakte aufgrund der Corona-Pandemie zu einer verringerten Anzahl an Meldungen führten, was die Einschätzungen zum Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung und Unterstützungsbedarf beeinflusste. Im Jahr 2023 trat zusätzlich der akute Fachkräftemangel deutlich zutage, was sich negativ auf die statistische Dokumentation auswirkte. Diese Situation führte zu einer weiteren Einschränkung der Erfassung und Auswertung relevanter Daten.

Der Anteil der Meldungen mit Kindeswohlgefährdung und Hilfebedarf ist hier zwischen weiblichen und männlichen Minderjährigen ausgeglichen.

Die Bundesstatistik klassifiziert die Fälle der Gefährdungseinschätzung im Hinblick auf Kindeswohlgefährdung in zwei grundlegende Melde-Kategorien:

- Keine Kindeswohlgefährdung und kein Hilfe-/Unterstützungsbedarf (Frage 2)
- Akute oder latente Kindeswohlgefährdung mit Hilfebedarf (Frage 3)

Im Falle akuter oder latenter Kindeswohlgefährdungen sind die Jugendämter gesetzlich verpflichtet, geeignete Hilfen oder Schutzmaßnahmen bereitzustellen. Zur Beantwortung Ihrer Frage wurden daher die beiden Kategorien (akute und latente Kindeswohlgefährdung) addiert, um ein umfassenderes Bild der Situation zu erhalten.

Zusätzlich zu den bereits genannten Meldezahlen folgt hier eine Auswertung der Fälle, in denen zwar keine Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, jedoch ein Hilfe- oder Unterstützungsbedarf besteht.

Diese Kategorie ist von Bedeutung, da sie aufzeigt, dass auch in Situationen, in denen keine akute oder latente Gefährdung vorliegt, dennoch bei knapp 30% der Meldungen (davon 44 Prozent weibliche und 56 Prozent männliche Minderjährige) Unterstützungsleistungen erforderlich sind. Dies kann auf unterschiedliche Faktoren wie familiäre Belastungen, psychosoziale Probleme oder andere soziale Herausforderungen hinweisen, die eine Intervention oder Unterstützung durch die Jugendhilfe erfordern.

	Keine Kindeswohlgefährdung, aber Hilfebedarf	Anteil an Gesamtmeldungen der BSA	männlich	weiblich
2020	1004	28%	54%	46%
2021	1080	31%	53%	47%
2022	928	28%	50%	49%
2023	1149	30%	53%	47%
2024	1070	27%	54%	46%
2025 (-30.04.25)	323	21%	56%	44%

Quelle:
Auswertung zur Fragestellung auf Basis der Meldungen zur Bundesstatistik sowie Auswertungen der Einträge in SoJA WebFM

Frage 4:
In wie vielen Verfahren aus Frage 1 wurden Minderjährige durch das Jugendamt gemäß § 42a Abs. 1 SGB VIII oder § 42 SGB VIII in Obhut genommen? Bitte hierbei auch die relative Entwicklung der Zahlen und das Geschlecht angeben.

Antwort:

	Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII	Anteil an Gesamtmeldungen der BSA	männlich	weiblich
2020	421	12%	47%	53%
2021	662	19%	42%	57%
2022	513	15%	42%	58%
2023	687	18%	50%	50%
2024	925	23%	52%	47%
2025 (-30.04.25)	273	18%	60%	39%

Quelle:
Auswertung zur Fragestellung auf Basis der Meldungen zur Bundesstatistik sowie Auswertungen der Einträge in SoJA WebFM

Die Steigerungen der Inobhutnahmen sind signifikant und zeigen sich deutlich, selbst unter Berücksichtigung der Effekte der Corona-Pandemie.

Gemäß der Dienstanweisung zur Führung von Bundesstatistiken in der Kinder- und Jugendhilfe entfällt die Meldung der „vorläufigen Inobhutnahmen nach § 42a SGB VIII", da das zuständige Young Refugee Center (YRC) außerhalb des Fachverfahrens SoJA WebFM arbeitet.
Das YRC dokumentiert seine Bundes- bzw. Landesstatistik dezentral und unterjährig laufend in IDEV und veranlasst den Datentransfer zum Jahresende an das Statistische Landesamt in Schweinfurt. Daher sind hier keine Inobhutnahmen nach §42a SGB VIII abgebildet.
Es wurden lediglich die Inobhutnahmen der BSA nach § 42 SGB VIII dargestellt.

Frage 5:
In wie vielen dieser Fälle aus Frage 1 stand keine passende Jugendhilfemaßnahme zur Verfügung?

Antwort:
Derzeit kann das Fachverfahren dies bedauerlicherweise statistisch nicht erfassen, in wie vielen Fällen keine geeigneten Jugendhilfemaßnahmen zur Verfügung stehen.
In Fällen, in denen keine passenden Jugendhilfemaßnahmen verfügbar sind, müssen alternative Hilfen zur Erziehung oder Unterstützungsmaßnahmen in Betracht gezogen werden. Diese sollten darauf abzielen, das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen zu fördern und sicherzustellen, dass sie die notwendige Unterstützung erhalten. Hierbei ist es wichtig, individuelle Lösungen zu finden, die den spezifischen Bedürfnissen der betroffenen Personen gerecht werden.

Frage 6:
In wie vielen Fällen aus Frage 1 war eine eigentlich indizierte Maßnahme aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder Maßnahmen aus dem SGB XII und SGB IX nicht umsetzbar und die BSA0-59/VMS/ BSA-Wolo musste sich um anderweitige Hilfemaßnahmen bemühen? Welche Maßnahmen wurden ggf. daraus abgeleitet, um die BSA0-59/VMS/BSA-Wolo zu entlasten.

Antwort:
Leider liegen keine statistischen Erfassungen vor, die die Fälle dokumentieren, in denen Maßnahmen des Sozialgesetzbuches (SGB) XII und IX nicht umsetzbar waren. Dennoch sind im Alltagsgeschäft, insbesondere in den stationären Hilfen, Grenzfälle in der Zuordnung von Hilfen gemäß SGB VIII und den anderen benannten Hilfeformen für Menschen mit Behinderungen bekannt.

Frage 7:
*Wie viele Stellen sind derzeit in der BSA 0-59, in der VMS, bei den zuständigen Teilregions-/Gruppenleitungen (TRL), dem Unterstützungsdienst (UD) und der BSA-Wolo unbesetzt und wie viele Kolleg*innen aus diesen jeweiligen Diensten sind einsatzfähig in ihrem Ursprungsdienst tätig (absolut und in Prozent)?*

Antwort:
Laut dem Geschäftsbereich Organisation in der Geschäftsleitung im Sozialreferat ist folgende Anzahl an Stellen in VZÄ unbesetzt (Stand: 31.3.2025).

	Stellen soll in VZÄ	**unbesetzt**		**besetzt in %**
BSA 0-59	321,1	55,2	17%	83%
BSA Wolo	52,3	16,2	31%	69%
VMS	81,5	9,0	11%	89%
TRL	73,3	6,8	9%	91%
UD	25,4	1,2	5%	95%

Jugendamtsinterne Berechnungen weisen zum Stichtag 31.3.2025 auf etwa 78% Einsatzfähigkeit in der BSA 0-59 und in der VMS hin. Hier sind Faktoren wie Elternzeit, Mutterschutz und Langzeiterkrankung berücksichtigt. Innerhalb der BSA 0-59 befinden sich von den etwa 78% einsatz-

fähigen Kolleg*innen knapp 2% in der Einarbeitung und sind daher nur teilweise einsatzfähig.

Frage 8:
Wie viele Stellen kann derzeit das Sozialreferat aufgrund des Stellenstopps der Personal- und Organisationsreferates nicht nachbesetzten?

Antwort:
Stellen können weiterhin nur in Ausnahmefällen besetzt werden. Welche Stellen das sind, wird im Führungskreis gemeinsam besprochen. Für die BSA, die WJH, das SGB XII und das Wohngeld wird dieses Thema dann in den Führungskreis eingebracht, wenn die Besetzungsquote unter 80 Prozent fällt. Bei allen anderen Bereichen wird die Entscheidung aktiv durch die Führungskraft über die Hierarchie in den Führungskreis eingebracht. Die Handlungsfähigkeit der gesetzlichen verpflichtenden Bereiche wird im Blick behalten, damit diese über Stellenbesetzungen oder andere Maßnahmen gewährleistet bleibt. Bereiche mit gesetzlichen Aufgaben, insbesondere Bereiche, in denen es um Leib und Leben geht, müssen in jedem Fall handlungsfähig bleiben.

Zum Stichtag 31.3.2025 lag die Besetzungsquote in der BSA 0-59 über 80%, weshalb hier keine Stellen nachbesetzt wurden. Im Unterschied dazu konnten in der BSA Wolo zum selben Datum 5,7 Vollzeitäquivalente (VZÄ) erfolgreich nachbesetzt werden, da die Besetzungsquote in diesem Bereich unter 80% fiel.

Es ist wichtig zu beachten, dass die genannten Angaben Stichtagsdaten darstellen, da sich die Situation durch Fluktuation und andere Faktoren kontinuierlich ändern kann. In beiden Bereichen sind im Laufe des Jahres jedoch Zuwächse durch Nachwuchskräfte zu verzeichnen: In der BSA 0-59 konnten 12,6 VZÄ hinzugewonnen werden, während in der BSA Wolo ein Zuwachs von 2,0 VZÄ festgestellt wurde.

Diese Entwicklungen sind entscheidend, um die personellen Ressourcen in der Jugendhilfe nachhaltig zu sichern und die Qualität der angebotenen Dienstleistungen zu gewährleisten.

Frage 9:
Nach welchem System werden die Stellen im Kinderschutz im Sozialreferat bemessen?

Antwort:
Das Sozialreferat arbeitet seit Jahren an der Entwicklung eines Instruments zur Personalbemessung. Ziel dieses Instruments ist es, die ganzheitlich ausgerichtete Arbeit der Bezirkssozialarbeiter*innen in verschiedene Handlungsfelder und Aufgabenzuschnitte zu unterteilen. Durch diese Aufgliederung soll eine präzise Erfassung der Tätigkeiten erfolgen, die mit durchschnittlichen Arbeitszeiten hinterlegt werden.
Ein besonderer Fokus liegt auf den Aufgaben, Handlungen und Interventionen im Bereich des Kinderschutzes. Diese werden systematisch identifiziert, um die spezifischen Bedürfnisse der Arbeit im Kinderschutz adäquat abzubilden. Durch die detaillierte Analyse der Tätigkeiten können die Anforderungen und Herausforderungen, die mit dieser besonders sensiblen und verantwortungsvollen Arbeit verbunden sind, besser verstanden werden.
Das entwickelte Personalbemessungsinstrument soll nur die Arbeitsbelastung der Bezirkssozialarbeiter*innen transparent machen und zielt darauf ab, die Unterstützung für Kinder und Familien in schwierigen Lebenslagen zu optimieren und sicherzustellen, dass die Fachkräfte im Kinderschutz über die notwendigen Kapazitäten verfügen, um ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen.

Frage 10:
Wie hat sich in den vergangen fünf Jahren die Fluktuationsrate des Personals in der BSA 0-59 entwickelt? Bitte jeweils den jährlichen Durchschnitt angeben.

Antwort:
Die Fluktuationsrate hat sich den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt. Erst seit 2023 wird die Fluktuation rein auf die BSA 0-59 errechnet. Bei den Zahlen von 2021 und 2022 sind die Kolleg*innen der BSA 60plus noch miteinberechnet. Für das Jahr 2020 liegen keine Zahlen vor. Bei der Fluktuation sind folgende Faktoren miteinberechnet: Umsetzung/Wechsel von der BSA zu anderen Bereichen, Elternzeit, Kündigung, Altersrente/Altersteilzeit, Tod, Freistellungsphase, unbezahlte Beurlaubung.

Fluktuationsrate in % in der BSA 0-59:

2021	2022	2023	2024
18,78	18,6	32,27	21,56

Frage 11:
Wie hat sich die Krankheitsquote in den vergangenen fünf Jahren in der BSA 0-59 entwickelt? Bitte jeweils den jährlichen Durchschnitt angeben.

Antwort:
Leider ist die Beantwortung dieser Frage in der gewünschten Detailtiefe technisch nicht möglich.

Frage 12:
Sollen Dienste im Sozialreferat priorisiert behandelt werden und welche Rolle schreibt hierbei der VMS dem UD, der BSA-Wolo und den TRLs/GLs zu?

Antwort:
Im Kontext der Priorisierung von Diensten im Sozialreferat sollten insbesondere die Dienste, die Gefahr für Leib und Leben abwenden, die höchste Priorität genießen, insbesondere auch Dienste, die den Kinderschutz gewährleisten und somit von zentraler Bedeutung für die Sicherheit und das Wohl von Kindern und Jugendlichen sind. Diese Dienste müssen daher angemessen gefördert und unterstützt werden.

Insgesamt ist es entscheidend, dass alle Akteur*innen eng zusammenarbeiten, um die Effektivität der Maßnahmen im Bereich Kinderschutz zu maximieren und die vorhandenen Ressourcen zielgerichtet einzusetzen.

Frage 13:
Welche Maßnahmen ergreift das Sozialreferat, um die Belastung der Beschäftigten im Kinderschutz zu reduzieren?

Frage 14:
Wie schätzt das Stadtjugendamt die Situation der Kinder- und Jugendhilfe sowie speziell des Kinderschutzes ein, sollte sich die aktuelle personelle und finanzielle Situation auch ins Jahr 2026 fortsetzen?

Antwort:
Die Fragen 13 und 14 möchte ich Ihnen zusammen beantworten.

Die Sicherung des Kindeswohls und die Abwendung von Gefährdungen müssen auch in Zeiten von Personalknappheit und Stellenbesetzungsstopp sichergestellt sein.
Alle Dienste im Sozialreferat, auch die BSA und die VMS, sind aufgerufen, im Rahmen einer Aufgabenkritik die einzelnen Aufgaben zu betrachten.

Die Aufgaben der BSA 0-59, BSA Wolo und der VMS werden im Rahmen der Aufgabenkritik gemeinsam mit der Fachsteuerung, den Führungskräften und der Operativen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft.
Zusätzlich ergreift jedes SBH Maßnahmen, um sowohl allgemeine als auch individuelle Belastungen möglichst zu verringern. Die Führungskräfte sind kontinuierlich damit beschäftigt, das Fallaufkommen zu priorisieren. Viele SBHs haben auf eine hausweite Fallverteilung umgestellt. Die hausübergreifenden Vertretungen werden trotz Belastung aller selbstverständlich kollegial geleistet.
Es finden regelmäßige Fallbesprechungen innerhalb der Teams, Gespräche mit der SBH-Leitung, Professionsversammlungen und zahlreiche weitere Aktivitäten zur Gesundheitsförderung statt. Zudem werden regelmäßige Fallsupervisionen angeboten, und jedes SBH verfügt über eine Teamassistenz, die ebenfalls unterstützend wirkt. Die Qualifizierung in Traumapädagogik in zwei Pilothäusern trägt zusätzlich zur Unterstützung bei.

Außerdem haben das Stadtjugendamt als Fachsteuerung und die Leitungen der Sozialbürgerhäuser ein Grobkonzept entwickelt, das weitere organisatorische Maßnahmen zur Entlastung im Kinderschutz vorsieht. Der Stadtrat wird im Herbst 2025 über die Einzelheiten informiert.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 5. November 2025

Einheitliche Gestaltung von Amtszeiten der Beiräte
Antrag Stadträtin Alexandra Gaßmann (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Spart die Stadt auf Kosten der Seniorinnen und Senioren?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm und Dr. Michael Haberland (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Warum werden immer noch Laubhaufen auf Geh- und Radwegen gelagert?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München Liste)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

05.11.2025

Einheitliche Gestaltung von Amtszeiten der Beiräte

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, die Amtszeiten der Beiräte einheitlich zu gestalten und die aktuellen Satzungen ggf. anzupassen.

Begründung

Die Landeshauptstadt München hat sich der Förderung einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft verpflichtet, in der die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger angemessen vertreten werden. In diesem Kontext spielen die bestehenden Beiräte eine wesentliche Rolle, da sie verschiedene Bevölkerungsgruppen repräsentieren und deren Anliegen in die kommunale Entscheidungsfindung einbringen. Eine Analyse der gegenwärtigen Regelungen zeigt, dass die Amtszeiten dieser Beiräte zwischen drei bis sechs Jahre festgelegt sind.

Eine einheitliche Amtszeit für die Beiräte fördert die Gleichstellung aller Mitglieder, indem sie sicherstellt, dass alle Gruppen unter denselben Bedingungen arbeiten. Darüber hinaus führt die Vereinheitlichung der Amtszeiten zu einer erhöhten Effizienz und Kostenersparnis: Die Verwaltung kann effizienter arbeiten, da die Planung und Durchführung von Wahlen und Nachbesetzungen standardisiert werden.

Darüber hinaus fördert eine einheitliche Amtszeit den Aufbau und die Stärkung politischer Netzwerke. Beiratsmitglieder können über einen festgelegten Zeitraum hinweg zusammenarbeiten und wertvolle Beziehungen aufbauen, was die Effizienz und Effektivität ihrer Arbeit erhöht. Zudem bietet die Einführung einheitlicher Amtszeiten die Möglichkeit, die Zusammensetzung der Beiräte regelmäßig zu überprüfen und anzupassen, um den sich verändernden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht zu werden.

In einem schwachen Haushalt ist die Effizienz der Verwaltung besonders wichtig. Eine einheitliche Amtszeit (z. B. fünf Jahre) ermöglicht es, die Planungs- und Durchführungskosten für Wahlen und Nachbesetzungen zu senken, was zu einer Einsparung von Ressourcen führt.

Alexandra Gaßmann
Stadträtin

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

05.11.2025

Spart die Stadt auf Kosten der Seniorinnen und Senioren?

Mit Schreiben vom 07.10.2025 wurde die Stadtratsfraktionen mit Verweis auf den § 3 Abs. 1 der Seniorenvertretungssatzung informiert, dass aufgrund der aktuellen Haushaltslage die Wahl zur 13. Seniorenvertretung erst im Jahr 2027 durchgeführt wird. Aus dem Schreiben geht hervor, dass auch der Seniorenbeirat über die Entscheidung lediglich informiert wurde.

Der Seniorenbeirat spielt eine wesentliche Rolle in der Vertretung der Interessen und Belange älterer Menschen in unserer Stadt. Eine Einbeziehung des Beirats in Entscheidungen, die direkt ihre Wahl und damit ihre Vertretung betreffen, wäre nicht nur im Sinne der Transparenz, sondern auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den engagierten Mitgliedern des Beirats und den Senioren, die sie repräsentieren.

Im März 2024 wurde die neue Satzung des Seniorenbeirats beschlossen (Nr. 20-26 / V 14257). Die Amtszeit wurde auf Wunsch des Seniorenbeirats von vier auf fünf Jahre verlängert. Laut Beschlussvorlage sollte diese Änderung aber erst ab der nächsten Wahlperiode 2026 ff. gelten.

Daher fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Wurde der Seniorenbeirat tatsächlich nicht in die o. g. Entscheidung einbezogen?

2. Wenn nein, warum wurde der Seniorenbeirat nicht im Vorfeld in diesen wichtigen Entscheidungsprozess involviert?

3. Gibt es Pläne, den Seniorenbeirat in zukünftige Entscheidungsprozesse besser einzubinden?

4. Warum wurde der Stadtrat nicht in die Entscheidung eingebunden, ob auf Grund von Haushaltseinsparungen eine Wahl verschoben werden soll?

Alexandra Gaßmann (Initiative)
Stadträtin

Andreas Babor
Stadtrat

Ulrike Grimm
Stadträtin

Dr. Michael Haberland
Stadtrat

Ökologisch-Demokratische Partei

München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 05.11.2025

Anfrage:
Warum werden immer noch Laubhaufen auf Geh- und Radwegen gelagert?

Trotz mehrfacher Zusicherungen des Baureferats wird auch im Herbst 2025 erneut beobachtet, dass Laubhaufen an Gehwegabsenkungen und in Kreuzungsbereichen abgeladen werden.

Dadurch werden gerade die vulnerablen Verkehrsteilnehmer:innen, also Kinder, Senior:innen, Menschen mit Sehbeeinträchtigung oder Mobilitätseinschränkung etc., massiv gefährdet.

Beispielhaft sind die Kreuzungen Frundsbergstraße/Ruffinistraße, Lachnerstraße/Winthirstraße und Winthirstraße/Renatastraße zu nennen, an denen Schulwege und Zugänge zu sensiblen Einrichtungen blockiert waren.
Die Praxis widerspricht den offiziellen Aussagen der Stadt, wonach das Laub so zu lagern sei, dass Fuß-, Rad- und Fahrverkehr nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Darum fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Wie stellt das Baureferat sicher, dass Laubhaufen nicht auf Gehwegabsenkungen, Kreuzungsbereichen oder Querungsstellen abgeladen werden?
2. Welche internen Anweisungen gelten aktuell für die Straßenreinigung und die beauftragten Firmen bezüglich der Zwischenlagerung von Laub?
3. Wie wird die Einhaltung dieser Anweisungen kontrolliert, und welche Konsequenzen folgen bei wiederholten Verstößen?
4. Wie viele Beschwerden oder Meldungen über blockierte Gehwege durch Laubhaufen sind im Herbst 2025 über *Mach München besser!* oder andere Kanäle eingegangen?
5. Warum kommt es trotz der schriftlichen Zusagen aus den Jahren 2023 und 2025 weiterhin zu derartigen Behinderungen, etwa im Bereich Frundsbergstraße / Ruffinistraße, Lachnerstraße / Winthirstraße oder Winthirstraße / Renatastraße?
6. Werden sensible Stellen (nahe Schulen, Seniorenheime, Blindeninstitute etc.) bei der Räumung von Laubhaufen (und später Schnee) und der Lagerung des Räumgutes priorisiert?
7. Plant die Stadt, die Abläufe bei der Laubentsorgung im Sinne der Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit dauerhaft anzupassen?

Initiative:
Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende

Fraktion Ökologisch-Demokratische Partei/München-Liste des Stadtrates
der Landeshauptstadt München (Fraktion ÖDP/München-Liste)
Rathaus, Marienplatz 8 ● Zimmer 116 -118 ● 80331 München
● E-Mail: oedp-ml-fraktion@muechen.de
● Telefon: 089 / 233 - 26922

Anlage: (Alle Fotos zur Veröffentlichung freigegeben, Bildquelle privat)

Kreuzung Frundsberg/Ruffinistr

Kreuzung Winthirstraße / Renatastraße: Krankenhaus Neuwittelsbach, Arztpraxis

Fraktion Ökologisch-Demokratische Partei/München-Liste des Stadtrates
der Landeshauptstadt München (Fraktion ÖDP/München-Liste)
Rathaus, Marienplatz 8 ● Zimmer 116 -118 ● 80331 München
● E-Mail: oedp-ml-fraktion@muechen.de
● Telefon: 089 / 233 - 26922

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Mittwoch, 5. November 2025

Stadtsparkasse München spendet 10.000 Euro an das Kinderhaus AtemReich
Pressemitteilung Stadtsparkasse München

DAWN OF THE DEATH OF THE ARTS: Eine Nacht für Münchens Kultur
Pressemitteilung Münchner Kammerspiele

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

Stadtsparkasse München | Die Bank unserer Stadt.

Pressemitteilung, 5. November 2025

Stadtsparkasse München spendet 10.000 Euro an das Kinderhaus AtemReich

München (sskm). Im Rahmen des Weltspartags 2025 unterstützt die Stadtsparkasse München erneut eine lokale Einrichtung, die sich für das Wohl von Kindern einsetzt. In diesem Jahr erhält das Kinderhaus AtemReich in München eine Spende von 10.000 Euro.

„Das Kinderhaus Atemreich leistet einen sehr wichtigen Beitrag bei der Betreuung erkrankter Kinder – mit viel Herz, Empathie und Expertise“, sagt Sabine Schölzel, Vorständin der Stadtsparkasse München. „Wir freuen uns, diese wertvolle Arbeit mit unserer Spende zu unterstützen.“

„Diese Spende hilft uns, weiterhin ein Ort der Hoffnung und Unterstützung zu sein“, erklärt Barbara Weltin, Geschäftsführerin des Kinderhauses AtemReich. „Dadurch können wir unseren kleinen Patienten noch mehr Möglichkeiten bieten, mit ihrer schwierigen Lebenssituationen zurechtzukommen. Besonders für Kinder mit chronischen Krankheiten ist neben medizinischer Hilfe auch emotionaler Rückhalt enorm wichtig.“

Im Kinderhaus AtemReich finden Kinder, die nicht eigenständig atmen können, ein liebevolles Zuhause – sei es dauerhaft oder bis sie in ihrer häuslichen Umgebung versorgt werden können. Professionelle Pflege und eine individuelle Förderung sorgen für einen Ort, an dem die Kinder in Geborgenheit leben können.

Mehr zum Kinderhaus AtemReich: Willkommen im Kinderhaus AtemReich in München

Alle Informationen zum Förderengagement der Stadtsparkasse München: Unser Engagement | Stadtsparkasse München (sskm.de)

Pressekontakt:

Cornelia Klaila
presse@sskm.de
089 2167 47301

Sebastian Sippel
presse@sskm.de
089 2167 47314

Zum Hintergrund:
Die Stadtsparkasse München wurde 1824 gegründet und ist Marktführerin im Privat- und Firmenkundengeschäft in München. Im Geschäftsjahr 2024 erzielte sie einen Jahresüberschuss von 48 Millionen Euro und ist mit einer Bilanzsumme von 23 Milliarden Euro die viertgrößte Sparkasse Deutschlands. Die Stadtsparkasse München beschäftigt 2.353 Mitarbeitende, davon 254 Auszubildende und betreibt 41 Filialen im Stadtgebiet. Im vergangenen Jahr hat sie für mehr als 300 gemeinnützige Projekte rund 3,1 Millionen Euro gespendet: Unser Engagement | Stadtsparkasse München.
Stand: 31.12.2024

Pressemitteilung
04.11.2025

DAWN OF THE DEATH OF THE ARTS:
Eine Nacht für Münchens Kultur

Sehr geehrte Damen und Herren,

am vergangenen Wochenende, in der Halloween-Nacht von Freitag auf Samstag, fand in der Stadtbibliothek und im gesamten Motorama das Overnight-Happening „DAWN OF THE DEATH OF THE ARTS“ statt.

Die Veranstaltung von #MünchenIstKultur, der Münchner Stadtbibliothek und den Münchner Kammerspielen in Kooperation mit Kulturbunt Neuperlach und der Villa Stuck sowie dem Bellevue di Monaco war ein voller Erfolg: Mehr als 50 Künstler*innen und Gruppen aus Münchens Kunst- und Kulturszene beteiligten sich. Ganz im Sinne von #MünchenIstKultur arbeiteten sie sparten- und institutionsübergreifend zusammen. Das Publikum kam zahlreich, die Stimmung war hervorragend und das Programm von insgesamt 12 Stunden Dauer lief reibungslos.

Theater und ihre Ensemblemitglieder, Orchester und Bands, Jugendclubs, Zirkus-Acts, DJs, Musiker*innen, Tänzer*innen, Filmkünstler*innen, Literat*innen und Bildende Künstler*innen zeigten, wie solidarisch und vielseitig Münchens Kulturszene ist. Inhaltlich stand der Abend im Zeichen der Kritik an Kommerz-Events, Spardiktat und Kulturkahlschlag. Frei nach dem Zombie-Kino-Klassiker „Dawn of the Dead“ flüchtete sich die Münchner Kultur ins Hybrid-Interim aus Shopping-Mall und Münchner Stadtbibliothek – mit dem Ziel, außergewöhnliche Welten inmitten von Orten alltäglicher Versorgung zu schaffen. Leerstehende Räume wurden kreativ genutzt und mit beachtlichem logistischen Aufwand in Dancefloors, Bühnen, Hotels und Galerien verwandelt.

#MünchenIstKultur ist ein Bündnis, das sich vor einem Jahr in der Landeshauptstadt gegründet hat, um gelebte Solidarität im Kulturbereich sichtbar zu machen. Erstmals vereinten sich in München Akteur*innen aller Sparten, Institutionen und der Freien Szene, um gemeinsam gegen massive Kürzungen im Kunst- und Kulturbereich einzutreten, gegenseitige Unterstützung zu bieten, voneinander zu lernen und gemeinsam mehr zu erreichen als Einzelne – so auch mit dem jüngsten Event, das an Halloween trotz starker Konkurrenz auf überwältigenden Zuspruch zurückblicken kann.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von einem Streichquartett mit Drumset der Münchner Symphoniker*innen – am Mikrofon stand Fabian Moraw, Ensemblemitglied der Münchner Kammerspiele. Im Anschluss hieß der Chef der Münchner Stadtbibliotheken, Arne Ackermann, seine Gäste willkommen: Viola Hasselberg, Mitglied im Sprecher*innenrat von #MiK und stellvertretende Intendantin der Münchner Kammerspiele, hielt mit zwei Kolleg*innen aus dem Bündnis (Florentina Tautu, Regisseurin und Dramaturgin, und Olaf Becker, Schauspieler und Performer sowie Pressesprecher am PATHOS theater) eine Eröffnungsrede, die gleichermaßen auf die künstlerischen Schwerpunkte des Abends wie auf die politischen Hintergründe der Veranstaltung einging.

Hasselberg: “Der Schock über die Dimension der nächsten Kürzungsrunde, die Existenzangst – unlängst durch bis zu sechsfache Mieterhöhungen im Kreativquartier befeuert – und die Panik, die nun schon wieder vor der Tür steht: Im Kino wie im wahren Leben ist Angst ein schlechter Ratgeber. Wir alle sind versucht, ihr nachzugeben. Aber wem nützt das und für wie lange?”

Tautu: “Wir versuchen mit unserem Bündnis, Brücken zueinander und zwischen Kunst und Politik zu bauen; wir arbeiten auf Vorschlag der Stadt an der Konzeption für einen Kulturbeirat, der Expertinnen im Frühstadium von Planungen miteinbezieht, der praxisnahe und nachhaltige Lösungen für alle ermöglicht und durch vorausschauende Fachkenntnis auch zu dem beitragen soll, was allseits gefordert wird: Geld sparen. Aber eben auch: Langfristig sinnvolle Kulturpolitik zu machen.”

Becker: “Was wir nicht laut genug betonen können, ist die weitreichende Bedeutung von Kunst, Kultur und Bildung. Diese Dinge sind mehr als ein Kostenfaktor. Das Betrachten von Werken ist nur ein Teil von einer geistigen Lieferkette, die niemals aufhört. Wenn diese Kette abreißt, können wir sie nicht mehr reparieren.”

Im Vergleich zu bisherigen Aktionen des Bündnisses (Flashmobs, Podiumsdiskussionen, Informationsabende etc.) stand “DAWN OF THE DEATH OF THE ARTS“ voll und ganz im Zeichen der Künste selbst – bis auf einen weiteren Programmpunkt.

Unter dem Motto „Zwei Helle auf ein Wort“ konnten Besucher*innen mit Politikerinnen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Die Partei) und Leiter*innen verschiedener Münchner Kulturinstitutionen an einer Speed-Dating-Tafel ins Gespräch kommen. In Fünf-Minuten-Runden ging es um Fragen wie: "Wovor schützt dich Kultur?" oder "Wenn München ein Theaterstück wäre – welche Rolle würdest du spielen?". Das große Interesse der Besucher*innen an diesem Format zeigte den Bedarf an persönlichen Gesprächen.

Parallel starteten im ganzen Motorama Performances, Führungen, Konzerte, Lesungen und Ausstellungen. Von einer Kostümversteigerung der Münchner Kammerspiele, der Schauburg und des Volkstheaters blieb am Ende kein Stück übrig – einige der Outfits sah man später auf der Tanzfläche wieder, wo um Mitternacht eine kollektive Geisterbeschwörung stattfand: “Séance! Wir rufen Daddy L.”

Bei der Performance, in der symbolisch der große Kunstmäzen Prinzregent Luitpold und seine Frau um Hilfe angerufen wurden, ging es ein weiteres Mal – gleichermaßen satirisch wie unterhaltsam – um die bedrohliche Lage für die Kunst und die Kultur in München. Gemeinsam mit jungen Menschen aus den Jugendclubs der Münchner Kammerspiele entstand eine eindrucksvolle Darbietung – inklusive Rettungswesten für das Publikum.

Mit einem weiteren Konzert im Anschluss endete eine außergewöhnliche Nacht, in der Münchens Kulturszene – über Sparten, Institutionen und Generationen hinweg – gemeinsam kreativ Widerstand leistete: gegen Sparzwang, gegen Kulturabbau, für Vielfalt und Zusammenhalt. Das gesamte Programm ist **HIER** zu finden.

Insgesamt sieht #MiK es als Erfolg, dass man zusammen mit dem Kulturreferenten Marek Wiechers auf einem konkreten Weg zur Etablierung eines Kulturbeirats ist. Alle weiteren **Kernvorschläge** für eine zukunftsfähige Kulturpolitik und gegen den Abbau von Kultur bleiben aber hingegen noch Zukunftsmusik.

Dank an alle Mitwirkenden und Mitglieder von #MünchenIstKultur, allen voran den Gastgeber*innen von der Stadtbibliothek, von der Hausverwaltung, vom Security-Team und allen Menschen von der Technik und hinter den Kulissen der Motorama Ladenstadt. Der Backstage-Bereich wurde großzügig mit Getränken von Aqua Monaco versorgt.

Bildmaterial zu „DAWN OF THE DEATH OF THE ARTS“ finden Sie unter diesem **LINK**. Die Bilder sind honorarfrei im Rahmen der Berichterstattung.

Copyright / wer auf den Bildern zu sehen ist:

1) Laura Saumweber und Paula Niehoff mit "Ode an die Dinge" (c) Anne Richter
2) Grusel-Lesung für Kinder mit Gregor Schleuning (c) Katharina Engel
3) Express Brass Band (c) Johannes König
4 – 6) "Séance! Wir rufen Daddy L." mit Olaf Becker, Florentina Tautu, Miriam Haltmeier und dem Jugendclub der Münchner Kammerspiele. Outside Eye: Martin Kindervater (c) Johannes König

Für weitere Informationen können Sie uns gerne per Antwort auf diese Mail kontaktieren.

Ausblick:

Besonders hinweisen möchten wir Sie auf folgende Veranstaltung:

Julian Nida-Rümelin – Die Rolle von Kunst und Kultur in der gefährdeten Demokratie

Dienstag, 11.11. um 20 Uhr im Schauspielhaus der Münchner Kammerspiele

Herzliche Grüße vom PR-Team von #MünchenIstKultur

Olaf Becker, Elisabeth Braune, Weronika Demuschewski, Frederik Mayet, Kathrin Schäfer